



Die Vorsorge-Vollmacht

Damit Angehörige im Notfall handeln können

Warum ist die Erteilung einer Vorsorgevollmacht wichtig?

Keiner von uns weiß, wie lange er noch in der Lage sein wird, seine Angelegenheiten selbstständig zu besorgen. Jeder sollte daher frühzeitig sicherstellen, dass auch in einem solchen Fall seine Interessen bestmöglich gewahrt werden. Nicht nur ältere Menschen können alters- oder krankheitsbedingt bei der Erledigung ihrer Angelegenheiten auf fremde Hilfe angewiesen sein (z.B. Schlaganfall, Alzheimer Krankheit, Demenz), sondern auch junge Menschen (z.B. Verkehrsunfall).

Der Gesetzgeber hat deshalb nicht nur im Rahmen des im Jahre 1992 in Kraft getretenen Betreuungsgesetzes (Ablösung des bisherigen Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts) ausdrücklich auf die Möglichkeit der frühzeitigen Erteilung einer Vorsorgevollmacht hingewiesen, sondern auch sicher gestellt, dass die Bevölkerung über Vorsorgevollmachten informiert wird. Durch die Erteilung einer Vorsorgevollmacht können Sie Ihr Recht auf Selbstbestimmung eigenverantwortlich wahrnehmen, indem Sie selbst die Person bestimmen, die dann zu gegebener Zeit am Besten Ihre Rechte wahrnimmt. Außerdem können Sie so auch ein gerichtliches Betreuungsverfahren (früher „Bestellung eines Pflegers oder Vormunds“) vermeiden. Ein solches Betreuungsverfahren wird dann notwendig, wenn Sie selbst alters- oder krankheitsbedingt nicht mehr in der Lage sind, Ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und keine Vorsorge durch die rechtzeitige Erteilung einer entsprechenden Vollmacht getroffen haben.

Sie müssen beachten, dass nahe Familienangehörige wie der Ehegatte oder die Kinder ohne entsprechende Vollmacht keine Entscheidungen für Sie treffen können, und dass beispielsweise eine bestehende Bankvollmacht bei weitem nicht ausreicht, um alle notwendigen Maßnahmen zu erledigen.

Von der Vorsorgevollmacht zu unterscheiden ist das Testament. Durch die Vorsorgevollmacht können Sie bestimmen, wer Ihre Angelegenheiten erledigt, solange Sie zwar noch leben, aber dazu selbst nicht mehr in der Lage sind. Durch ein Testament bestimmen Sie dagegen, wer im Falle Ihres Todes Ihr Erbe wird.

Welche Bereiche kann die Vorsorgevollmacht umfassen?

Durch eine Vorsorgevollmacht können Sie nicht nur für den Bereich Ihres Vermögens Vorsorge treffen, sondern den Bevollmächtigten auch zur Vertretung in persönlichen Bereichen ermächtigen. Dies ist wichtig, damit der Bevollmächtigte insbesondere auch Entscheidungen über ärztliche Maßnahmen, Wohnsitzwechsel, Wohnungsauflösung usw. treffen kann.

Welche Vorteile entstehen durch eine Vorsorgevollmacht?

Die Vorteile einer Vorsorgevollmacht gegenüber einem gerichtlichen Betreuungsverfahren sind insbesondere:

Da die Vollmacht bereits rechtzeitig vor Ihrer eigenen Handlungsunfähigkeit erteilt wurde, kann der Bevollmächtigte später sofort die für Sie notwendigen Schritte unternehmen. Im Gegensatz dazu dauert das gerichtliche Betreuungsverfahren aufgrund umfangreicher Verfahrensvorschriften längere Zeit.

Sie können bei der Auswahl des Bevollmächtigten selbst bestimmen, wer Ihre Angelegenheiten für Sie erledigt. Im Gegensatz dazu bestimmt im Betreuungsverfahren das Betreuungsgericht die Person des Betreuers.

Der von Ihnen Bevollmächtigte hat eine wesentlich freiere Stellung als der vom Betreuungsgericht bestellte Betreuer. Dies wirkt sich insbesondere im Vermögensbereich aus (z.B. ist eine Verfügung über Immobilien durch einen Betreuer nur mit Genehmigung des Betreuungsgerichts möglich; bei der Anlage von Geld sind nur bestimmte Anlageformen zulässig).

Grundsätzlich sind die Kosten für die Beurkundung einer Vorsorgevollmacht (diese entstehen nur einmalig mit der Beurkundung) wesentlich niedriger als die Gebühren, die das Betreuungsgericht für die Betreuung (alljährlich) erheben muss.

Es ist auch möglich, Vollmacht über den eigenen Tod hinaus zu erteilen, so dass der Bevollmächtigte –sofern die gesetzlichen oder testamentarischen Erben die Vollmacht nicht widerrufen- für die Erben handeln kann.

Wem kann eine Vorsorgevollmacht erteilt werden?

Sie können die Vollmacht grundsätzlich jeder Person erteilen. Die Erteilung einer Vorsorgevollmacht setzt jedoch ein besonderes Vertrauen in die Person des Bevollmächtigten voraus. Es ist auch möglich, dass Sie mehrere Personen bevollmächtigen, die dann einzeln oder gemeinsam Ihre Angelegenheiten erledigen können. Es empfiehlt sich, die ausgewählte Person über die Erteilung der Vorsorgevollmacht rechtzeitig zu informieren.

Wie können Sie eine Vorsorgevollmacht erteilen?

Die Erteilung einer Vorsorgevollmacht wird in der Form der notariellen Beurkundung empfohlen. Nur so können Sie sicherstellen, dass die Vollmacht auch von Behörden, Banken, Grundbuchämtern, Ärzten, Alten- und Pflegeheimen anerkannt wird. Außerdem werden Sie durch den Notar umfassend über die Bedeutung der Vollmacht beraten. Er steht Ihnen auch gerne bei speziellen Fragen zur Verfügung.

UVZ / 2023

Verhandelt zu A a l e n am
(i.W

Wir rufen Sie zur Vereinbarung eines
Beurkundungstermins an, wenn die Vollmacht
vorbereitet ist. Bitte geben Sie Ihre
Telefonnummer und/oder Mailadresse an.
Tel.Nr.:

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart

Hans-Jörg Korting mit
dem Amtssitz in Aalen

erscheint heute in meinen Amtsräumen in Aalen, Südlicher Stadtgraben 13:

Vorname,Name, Geburtsname	geb. am
wohnhaft in (Straße, PLZ, Wohnort)	

Kontaktdaten:
Telefonnummer, Handynummer, Emailadresse (für Rückfragen und Vereinbarung des Beurkundungstermin)

Geburtsort (falls Registrierung im Zentralen Vorsorgeregister gewünscht wird):

Der Erschienene verneint die Frage einer Vorbefassung gemäß § 3 Abs. (1) Ziffer 7 BeurkG.
Die Notarvertreterin wies darauf hin, dass die Namen, Anschriften und persönlichen Daten
der Beteiligten gespeichert sind.

Er erklärt mit der Bitte um Beurkundung folgendes:

A.
V o l l m a c h t

§ 1
Allgemeine Vollmacht
in vermögensrechtlichen Angelegenheiten

Ich erteile hiermit

1. Vorname,Name, Geburtsname	geb. am
wohnhaft in (Straße, PLZ, Wohnort)	

2. Vorname, Name, Geburtsname	geb. am
wohnhaft in (Straße, PLZ, Wohnort)	

3. Vorname, Name, Geburtsname	geb. am
wohnhaft in (Straße, PLZ, Wohnort)	

- je einzeln -

- nachstehend je „**der Bevollmächtigte**“ genannt -

die **Generalvollmacht** zu meiner Vertretung in allen meinen Vermögensangelegenheiten im weitesten Sinne, soweit Vertretung überhaupt zulässig ist, also auch gerichtlich und auch bezüglich eventuellem Auslandsvermögen.

Dem Bevollmächtigten sind alle Rechte eingeräumt, die nach dem Gesetz einem Bevollmächtigten zustehen oder eingeräumt werden können; es ist also auch Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB und die Befugnis zur Erteilung von Untervollmacht erteilt. Der Bevollmächtigte ist ausdrücklich befugt, Schenkungen, auch an sich selbst, vorzunehmen.

Zur Erläuterung der Bedeutung der Vollmacht sollen nachfolgend einige Angelegenheiten aufgezählt werden, die insbesondere von der Vollmacht umfasst sind, ohne dass durch sie eine Beschränkung der Vollmacht getroffen wird (die nachfolgenden Aufzählungen sind nur beispielhaft und nicht abschließend):

Die Vollmacht umfasst insbesondere die Befugnis

- alle Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte im Namen des Vollmachtgebers vorzunehmen,
- über Vermögensgegenstände jeder Art zu verfügen,
- Erklärungen aller Art abzugeben und entgegenzunehmen sowie Anträge zu stellen, abzuändern, zurückzunehmen
- Verbindlichkeiten einzugehen,
- den Vollmachtgeber vor Behörden, Dienststellen und Notariaten sowie Versicherungsgesellschaften aller Art im In- und Ausland umfassend zu vertreten,
- Grundbesitz zu veräußern und zu erwerben, Grundpfandrechte einschließlich Zins und Nebenleistungen und sonstige Rechte für beliebige Gläubiger und Berechtigte zu bestellen und die Eintragung im Grundbuch zu bewilligen und zu beantragen, dingliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung auch nach § 800 ZPO zu erklären, die Löschung von allen dinglichen Rechten zu erklären und im Grundbuch zu bewilligen,
- geschäftsähnliche Handlungen wie z.B. Mahnungen, Fristsetzungen, Anträge und Mitteilungen abzugeben,
- über Bankkonten und Depots sowie sonstiges Geldvermögen aller Art im Namen des Vollmachtgebers zu verfügen und Bankkonten und Depots zu eröffnen und aufzulösen.

§ 2 Allgemeine Vollmacht in persönlichen Angelegenheiten

Die Vollmacht gilt auch für den Fall, dass ich aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ganz oder teilweise nicht mehr in der Lage bin, meine persönlichen Angelegenheiten selbst zu besorgen.

Diese Vollmacht berechtigt zu meiner Vertretung in allen meinen persönlichen Angelegenheiten im weitesten Sinne, soweit Vertretung überhaupt zulässig ist.

Dem Bevollmächtigten ist beispielsweise auch die Befugnis eingeräumt:

- zu Erklärungen in **Gesundheitsangelegenheiten**: Die Vollmacht bezieht sich auf alle Angelegenheiten der Gesundheitsversorgung, einschließlich der ambulanten und stationären Pflege. Der Bevollmächtigte darf in Untersuchungen des Gesundheitszustands, in Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe einwilligen, nicht einwilligen oder eine Einwilligung widerrufen. Das gilt auch dann, wenn die begründete Gefahr besteht, dass ich aufgrund dieser Maßnahme, ihres Unterbleibens oder Abbruchs sterbe oder einen schweren oder länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleide, und zwar auch, wenn die Maßnahme medizinisch angezeigt ist. Der Bevollmächtigte kann über den Einsatz neuer, noch nicht zugelassener Medikamente und Behandlungsmethoden entscheiden. Der Bevollmächtigte ist auch befugt, Krankenunterlagen einzusehen und deren Herausgabe an Dritte zu bewilligen. Ärzte und nichtärztliches Personal werden hiermit gegenüber dem Bevollmächtigten ausdrücklich von ihrer Schweigepflicht befreit.
- zu Entscheidungen zur **Aufenthaltsbestimmung, zur Unterbringung und zu Wohnungsangelegenheiten**: Die Vollmacht berechtigt auch zur Bestimmung meines Aufenthalts und zur Regelung meiner Wohnungsangelegenheiten. Sie umfasst die Befugnis zu meiner Unterbringung in einem Heim, einer Anstalt oder sonstigen Einrichtung, selbst wenn die Unterbringung mit einer Freiheitsentziehung verbunden ist.
- zu Entscheidungen über **freiheitsentziehende und -beschränkende Maßnahmen**: Die Vollmacht berechtigt ferner zu Entscheidungen über freiheitsentziehende oder freiheitsbeschränkende Maßnahmen durch mechanische Vorrichtungen, wie z.B. Bettgitter oder Gurte, Medikamente oder auf andere Weise; dies gilt auch, wenn die Maßnahmen über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig erfolgen sollen.
- zu Entscheidungen über **ärztliche Zwangsmaßnahmen**: Die Vollmacht berechtigt dazu, über ärztliche Zwangsmaßnahmen zu entscheiden einschließlich einer damit ggf. verbundenen zwangsweisen Verbringung zu einem stationären Klinikaufenthalt.

Die Vollmacht bezieht sich weiterhin auf das Entgegennehmen und das Öffnen von Postsendungen, auch solche mit dem Vermerk »eigenhändig«. Sie umfasst den gesamten Bereich der Telekommunikation (Telefon, E-Mails, Telefax, Mailbox etc.) und der elektronischen Kommunikation (Internet, PC, Smartphone, Tablet etc.), insbesondere auch das Anfordern, die Nutzung und die Verwaltung (einschließlich Löschung) aller Zugangsdaten.

Diese Vollmacht in persönlichen Angelegenheiten ist nicht übertragbar; Untervollmacht darf nicht erteilt werden.

Mir ist bekannt, dass im Einzelfall die betreuungsgerichtliche Genehmigung erforderlich sein kann.

§ 3 Gemeinsame Regelungen zu § 1 und § 2

Die Vollmacht und das ihr zugrundeliegende umfassende Auftragsverhältnis bleiben gültig auch nach einer eventuellen Beeinträchtigung meiner Geschäftsfähigkeit, nach einer eventuellen Geschäftsunfähigkeit und auch nach meinem Tod.

Die Vollmacht dient auch der Vermeidung einer Betreuung; sie bleibt auch für den Fall einer eventuellen Betreuerbestellung wirksam. Für den Fall, dass die Bestellung eines Betreuers trotzdem notwendig werden sollte, wünsche ich einen der Bevollmächtigten als meinen Betreuer (in erster Linie
in zweiter Linie usw.).

Der Bevollmächtigte unterliegt - soweit gesetzlich zulässig - nicht den gesetzlichen Beschränkungen eines Betreuers.

Sollten Teile dieser Vollmacht rechtlich nicht wirksam sein, so soll dies an der Wirksamkeit der Vollmacht im Übrigen nichts ändern.

Die Vollmacht ist widerruflich.

Von einem eventuellen Widerruf werde ich auch Herrn Notar Korting bzw. seinen Nachfolger im Amt unter Angabe der obigen Urkundenverzeichnis-Nummer benachrichtigen.

Die Rechtslage ist mit mir eingehend erörtert.

Die besondere Bedeutung des Vertrauensverhältnisses einer derartigen Vollmacht und die Bedeutung der Vollmachtsausfertigung sind mir bekannt.

Ich bitte um Aushändigung

- a) einer Abschrift der Vollmacht an mich - zum Verbleib bei meinen Unterlagen -
- b) je einer Ausfertigung der Vollmacht an jeden Bevollmächtigten, und zwar zunächst zu meinen Händen; sobald der Bevollmächtigte im Besitz der Ausfertigung ist, gleichgültig auf welchem Wege, gilt die betreffende Vollmacht als erteilt.

Für den Fall, dass eine Vollmachtsausfertigung abhandenkommen sollte, kann jeder Bevollmächtigte eine weitere Vollmachtsausfertigung verlangen, wenn er dem beurkundenden Notar oder seinem Vertreter oder Nachfolger im Amt gegenüber eidesstattlich versichert, dass die Vollmachtsausfertigung abhanden gekommen ist und dass die Vollmacht nach seiner Kenntnis nicht widerrufen ist.

Der Notar weist darauf hin, dass gem. § 1814 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 i.V.m. § 1816 Abs. 6 BGB in den Fällen, in denen eine Person bevollmächtigt wird, die zu einem Träger von Einrichtungen oder Diensten, die in der Versorgung des Vollmachtgebers tätig ist, in einem Abhängigkeitsverhältnis oder in einer anderen engen Beziehung steht, die Erforderlichkeit der Betreuerbestellung trotz Vollmachtserteilung konkret zu prüfen ist. Hierbei handelt es sich

insbesondere um Mitarbeiter eines Pflegeheims, in dem der Vollmachtgeber ggfs. untergebracht ist, sowie Mitarbeiter von Versorgungsdiensten (ambulanter Pflegedienst, Essenslieferdienst, usw.) und um Angehörige freier Berufe (wie z.B. Ärzte, Physiotherapeuten, usw.). Dies gilt jedoch nicht, wenn im Einzelfall die konkrete Gefahr einer Interessenkollision nicht besteht. Der Erschienene erklärt, dass der Bevollmächtigte derzeit nicht in der stationären oder ambulanten Versorgung des Vollmachtgebers tätig ist.

Zum Grundverhältnis mit dem/den Bevollmächtigten bestimme ich Folgendes:

Die postmortalen Auskunftsansprüche meines/meiner Erben auf Belegvorlage und Rechenschaftslegung werden hiermit auf Ausgaben, die im Einzelfall 500 Euro übersteigen, beschränkt.

B. **Patientenverfügung**

Für den Fall, dass ich meinen Willen nicht mehr bilden oder verständlich äußern kann, bestimme ich Folgendes:

1. Wenn,

- ich mich aller Wahrscheinlichkeit nach unabwendbar im unmittelbaren Sterbeprozess befinde,
- ich mich im Endstadium einer unheilbaren, tödlich verlaufenden Krankheit befinde, selbst, wenn der Todeszeitpunkt noch nicht absehbar ist,
- infolge einer Gehirnschädigung meine Fähigkeit, Einsichten zu gewinnen, Entscheidungen zu treffen und mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, nach Einschätzung zweier erfahrener Ärzte / Ärztinnen aller Wahrscheinlichkeit nach unwiederbringlich erloschen ist, selbst wenn gelegentlich Reaktionen auf äußere Reize beobachtet werden und der Todeszeitpunkt noch nicht absehbar ist,

dies gilt für eine direkte Gehirnschädigung, z.B. durch Unfall, Schlaganfall, Entzündung, ebenso wie für eine indirekte Gehirnschädigung, z.B. nach Wiederbelebung, Schock oder Lungenversagen. Es ist mir bewusst, dass in solchen Situationen die Fähigkeit zu Empfindungen erhalten sein kann, dass eine Besserung dieses Zustands aber äußerst unwahrscheinlich ist -

- ich infolge eines sehr weit fortgeschrittenen Hirnabbauprozesses (z.B. bei Demenzerkrankung) auch mit ausdauernder Hilfestellung nicht mehr in der Lage bin, Nahrung und Flüssigkeit auf natürliche Weise zu mir zu nehmen,

lehne ich Maßnahmen, die zum Zweck der Lebenserhaltung bzw. Lebensverlängerung eingesetzt werden und nicht ausschließlich der Linderung von Leiden dienen ab, wie z.B. maschinelle Beatmung, Dialyse oder Operationen und bereits eingeleitete Maßnahmen sind zu beenden. Ebenso lehne ich Wiederbelebungsmaßnahmen ab.

Ich wünsche keine künstliche Ernährung (weder über Sonde durch den Mund, die Nase oder die Bauchdecke noch über die Vene) und keine Flüssigkeitsgabe, außer zur Beschwerdelinderung.

Vergleichbare, vorstehend nicht ausdrücklich erwähnte Krankheitszustände sollen entsprechend beurteilt werden.

2. Ich bitte jedoch den verantwortlichen Arzt und die Pflegekräfte, mir trotz dieses Wunsches beizustehen und lindernde pflegerische und lindernde ärztliche Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Schmerzen, Luftnot, Angst, Unruhe, Erbrechen und anderen Krankheitserscheinungen zu ergreifen, auch wenn sich durch verabreichte Medikamente mein Leben verkürzen sollte.

3. Wenn ich über medizinische Maßnahmen, auch im vorgenannten Sinn, nicht mehr entscheiden kann, so bevollmächtige ich

- 1.

- 2.

- 3.

- je einzeln -

insoweit für mich zu handeln. Ich nehme in Kauf, dass dadurch eine möglicherweise gebotene richterliche Kontrolle der Maßnahmen oder Unterlassungen unterbleibt. Falls erforderlich, soll einer der Bevollmächtigten auch für diesen Bereich zu meinem Betreuer bestellt werden (ebenfalls in erster Linie ,
in zweiter Linie usw.).

4. Diese Patientenverfügung ist Ausdruck meines Selbstbestimmungsrechts. Darum wünsche ich nicht, dass mir in der konkreten Situation der Nichtentscheidungsfähigkeit eine Änderung meines Willens unterstellt wird, solange ich diesen nicht ausdrücklich (schriftlich oder nachweislich mündlich) widerrufen habe.
Mir ist bekannt, dass ich die Patientenverfügung jederzeit abändern oder insgesamt widerrufen kann.

Ich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, vorstehende Erklärungen im Zentralen Vorsorge-
register der Bundesnotarkammer registrieren zu lassen. Ich wünsche diese Registrierung
derzeit nicht.

Der Notar ist berechtigt, eine Kopie dieser Urkunde an anfragende Gerichte, Krankenhäuser
und Ärzte zu senden.

Das vorstehende Protokoll wurde dem Erschienenen vom
Notar vorgelesen, von dem Erschienenen genehmigt und wie
folgt eigenhändig unterschrieben:

*Im Anhang beigelegt finden Sie unser Informationsblatt zum Datenschutz gemäß Artikel 13 DSGVO.
Mit der Rücksendung dieses Datenblattes an unser Notariat erklären Sie Ihr Einverständnis zum
unverschlüsselten E-Mail-Verkehr.*

Informationen zum Datenschutz

1. Wer ist verantwortlich, an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bin ich, Notar Hans-Jörg Korting mit Amtssitz in Aalen. Sie können sich für alle Datenschutzanfragen an mich oder an meine/n Datenschutzbeauftragte/n wenden, und zwar wie folgt: Jens Kämper, Industriestr. 32, 73614 Schorndorf, ihn erreichen Sie unter Email: mail@dss-sc.de

2. Welche Daten verarbeite ich und woher kommen die Daten?

Ich verarbeite personenbezogene Daten, die ich von Ihnen selbst oder von Ihnen beauftragten Dritten (z. B. Rechtsanwalt, Steuerberater, Makler, Kreditinstitut) erhalte, wie z. B.

Daten zur Person, z. B. Vor- und Zuname, Geburtsdatum und Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Familienstand; im Einzelfall Ihre Geburtenregisternummer;

Daten zur Kontaktaufnahme, wie z. B. postalische Anschrift, Telefon- und Fax-Nummern, E-Mail-Adresse;

bei Grundstücksverträgen Ihre steuerliche Identifikations-Nummer;

in bestimmten Fällen, z. B. bei Eheverträgen, Testamenten, Erbverträgen oder Adoptionen, auch Daten zu Ihrer familiären Situation und zu Ihren Vermögenswerten sowie ggf. Angaben zur Ihrer Gesundheit oder andere sensible Daten, z. B. weil diese zur Dokumentation Ihrer Geschäftsfähigkeit dienen;

in bestimmten Fällen auch Daten aus Ihren Rechtsbeziehungen mit Dritten wie z. B. Aktenzeichen oder Darlehens- oder Konto-Nummern bei Kreditinstituten.

Außerdem verarbeite ich Daten aus öffentlichen Registern, z. B. Grundbuch, Handels- und Vereinsregistern.

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Daten verarbeitet?

Als Notar bin ich Träger eines öffentlichen Amtes. Meine Amtstätigkeit erfolgt in Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Interesse der Allgemeinheit an einer geordneten vorsorgenden Rechtspflege und damit im öffentlichen Interesse liegt, und in Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)).

Ihre Daten werden ausschließlich verarbeitet, um die von Ihnen und ggf. weiteren an einem Geschäft beteiligten Personen begehrte notarielle Tätigkeit entsprechend meinen Amtspflichten durchzuführen, also etwa zur Erstellung von Urkundsentwürfen, zur Beurkundung und dem Vollzug von Urkundsgeschäften oder zur Durchführung von Beratungen. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt daher immer nur aufgrund der für mich geltenden berufs- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen, die sich im Wesentlichen aus der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz ergeben. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich für mich zugleich auch die rechtliche Verpflichtung zur Verarbeitung der erforderlichen Daten (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe c DS-GVO). Eine Nichtbereitstellung der von mir bei Ihnen angeforderten Daten würde daher dazu führen, dass ich die (weitere) Durchführung des Amtsgeschäfts ablehnen müsste.

4. An wen gebe ich Daten weiter?

Als Notar unterliege ich einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht. Diese Verschwiegenheitspflicht gilt auch für alle meine Mitarbeiter und sonst von mir Beauftragten.

Ich darf Ihre Daten daher nur weitergeben, wenn und soweit ich dazu im Einzelfall verpflichtet bin, z. B. aufgrund von Mitteilungspflichten gegenüber der Finanzverwaltung, oder an öffentliche Register wie Grundbuchamt, Handels- oder Vereinsregister, Zentrales Testamentsregister, Vorsorgeregister, Gerichte wie Nachlass-, Betreuungs- oder Familiengericht oder Behörden. Im Rahmen der Standes- und Dienstaufsicht bin ich unter Umständen auch zur Erteilung von Auskünften an die Notarkammer oder meine Dienstaufsichtsbehörde verpflichtet, die wiederum einer amtlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Als Auftragsverarbeiter sind mögliche Datenempfänger unserer externer IT-Systembetreuer, Notarsoftware-Anbieter, Webhoster und die NotarNet GmbH.

Ansonsten werden Ihre Daten nur weitergegeben, wenn ich hierzu aufgrund von Ihnen abgegebener Erklärungen verpflichtet bin oder Sie die Weitergabe beantragt haben.

5. Werden Daten an Drittländer übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Drittländer erfolgt nur auf besonderen Antrag von Ihnen oder wenn und soweit ein Urkundsbeteiligter in einem Drittland ansässig ist.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ich verarbeite und speichere Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen meiner gesetzlichen Aufbewahrungspflichten.

Nach den § 50 Abs. 1, § 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 der Verordnung über die Führung notarieller Akten und Verzeichnisse (NotAktVV) gelten für die Aufbewahrung von notariellen Unterlagen folgende Aufbewahrungsfristen:

- ▶ Urkundenverzeichnis und Urkundensammlung einschließlich der gesondert aufbewahrten Erbverträge: 100 Jahre,
- ▶ Verwahrungsverzeichnis und Generalakten: 30 Jahre,
- ▶ Sammelakte für Wechsel- und Scheckproteste und Nebenakten: 7 Jahre; der Notar kann spätestens bei der letzten inhaltlichen Bearbeitung der Nebenakte schriftlich eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmen, z. B. bei Verfügungen von Todes wegen oder im Falle der Regressgefahr; die Bestimmung kann auch generell für einzelne Arten von Rechtsgeschäften wie z. B. für Verfügungen von Todes wegen, getroffen werden.

Nach Ablauf der Speicherfristen werden Ihre Daten gelöscht bzw. die Papierunterlagen vernichtet, sofern ich nicht nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe c DS-GVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus Handelsgesetzbuch, Strafbgesetzbuch, Geldwäschegesetz oder der Abgabenordnung) sowie berufsrechtlicher Vorschriften zum Zweck der Kollisionsprüfung zu einer längeren Speicherung verpflichtet bin.

7. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben das Recht:

- ▶ Auskunft darüber zu verlangen, ob ich personenbezogene Daten über Sie verarbeite, wenn ja, zu welchen Zwecken ich die Daten und welche Kategorien von personenbezogenen Daten ich verarbeite, an wen die Daten ggf. weitergeleitet wurden, wie lange die Daten ggf. gespeichert werden sollen und welche Rechte Ihnen zustehen (Art. 15 DS-GVO).
- ▶ unzutreffende, Sie betreffende personenbezogene Daten, die bei mir gespeichert werden, berichtigen zu lassen. Ebenso haben Sie das Recht, einen bei mir gespeicherten unvollständigen Datensatz von mir ergänzen zu lassen (Art. 16 DS-GVO).
- ▶ Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern ein gesetzlich vorgesehener Grund zur Löschung vorliegt (vgl. Art. 17 DS-GVO) und die Verarbeitung Ihrer Daten nicht zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder aus anderen vorrangigen Gründen im Sinne der DS-GVO geboten ist.
- ▶ von mir zu verlangen, dass ich Ihre Daten nur noch eingeschränkt, z. B. zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses, verarbeite, während ich beispielsweise Ihren Anspruch auf Berichtigung oder Widerspruch prüfe, oder ggf. wenn ich Ihren Löschungsanspruch ablehne (vgl. Art. 18 DS-GVO).
- ▶ der Verarbeitung zu widersprechen, sofern diese erforderlich ist, damit ich meine im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben wahrnehmen oder mein öffentliches Amt ausüben kann, wenn Gründe für den Widerspruch vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 DS-GVO).
- ▶ sich mit einer datenschutzrechtlichen Beschwerde an die Aufsichtsbehörden zu wenden. Die für mich zuständige Aufsichtsbehörde ist die: Landesbeauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart.

Die Beschwerde kann unabhängig von der Zuständigkeit bei jeder Aufsichtsbehörde erhoben werden.